



MAGRAL AG

FINANCIAL BROKERS

Offenbachstraße 41
81245 München
Telefon: 089 82 99 46-0
Telefax: 089 82 99 46-46
E-Mail: kontakt@magral.de
www.magral.de

USt.-IDNr. DE182195801
HRB 114 166 München
Vorstand: Dr. Albert Gresser, Martin Gresser
AR-Vors.: Susanne Gresser-Lachenmayr

243. Ausgabe

Januar 2018

VERTRAULICHE MONATS-INFORMATION FÜR DIE LEITER DER KÄMMEREI

MAGRAL's Markets

Märkte – Meinungen – Konditionen

Wichtige Daten 05.01.18

EURIBOR

1 Monat:	- 0,369 %
3 Monate:	- 0,329 %
6 Monate:	- 0,271 %

Bund Future	161,65
Umlaufrendite	0,32 %
Euro	1,2044 US \$

Geldanlagen

Festgeld-Anlagen

4 Monate:	-0,27 % - -0,25 %
5 Monate:	-0,22 % - -0,20 %
6 Monate:	-0,22 % - -0,20 %

Anlagen

1 Jahr:	0,05 %
3 Jahre:	0,40 %
4 Jahre:	0,69 %
5 Jahre:	0,91 %

Kassenkredite

6 Monate:	- 0,10 %
12 Monate:	- 0,09 %
24 Monate:	0,13 %

Kommunaldarlehen*

1 Jahr:	0,02 %
3 Jahre:	0,18 %
5 Jahre:	0,49 %
7 Jahre:	0,76 %
10 Jahre:	1,08 %
15 Jahre:	1,48 %
20 Jahre:	1,69 %
ges. Lz. 30 Jahre:	1,84 %

* (Basis 100 % Ausz., 1/4-jährl. nachtr., Tilgg. 2 p. a. zzgl. ersparter Zinsen, alle gängigen Alter-nativen darstellbar; förderfähige Darlehen noch billiger)

☛ Seit rund 10 Jahren läuft ein einzigartiges ökonomisches Experiment: Historisch niedrige Zinsen bis ins Minus und eine über Anleihekäufe angeheizte monetäre Expansion gewaltigen Ausmaßes sollten die Wirtschaft nach der Finanz- und Schuldenkrise wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad führen, das Bankensystem stabilisieren und die Deflationsgefahr bannen. Das ist weitgehend gelungen. Doch das Experiment scheint sich zu verselbständigen. Die Marktteilnehmer, Unternehmen, Konsumenten und besonders öffentliche Hand, haben sich daran gewöhnt, sie schwimmen in schier unbegrenzter Liquidität, Kredite sind billigst, es fällt schwer, das aufgeben zu müssen. Wie bei Drogenjunkies fällt eine Entwöhnung schwer. Diese Zinspolitik birgt hohe Risiken für gesellschaftliche Verwerfungen und politische Destabilisierung, sie verstärkt die Ungleichheit und untergräbt das Vertrauen in die marktwirtschaftliche Ordnung. Vielleicht droht aus einem Zinsanstieg eine neuerliche Finanzkrise, weil die Marktteilnehmer irrational reagieren. Kalkulationen der letzten Jahre wären überholt, viele Geschäfte rechneten sich nicht mehr; Kreditnehmer, v.a. Staaten, würden unter ihrer Schulden- und Zinslast leiden. Zudem wird das Bankensystem erneut einem Stresstest unterzogen. Diese Sorge hat wohl die EZB dazu bewogen, eine geldpolitische Wende erneut zu verzögern. Aber ein zügigerer Exit wäre nötig, für sanftes Vorgehen ist keine Zeit mehr. Vielen Fachleuten ist es unerklärlich, warum die Notenbanker ihre Politik sklavisch an das Erreichen eines Inflationsziels binden, während sich an anderer Stelle beängstigende Veränderungen zeigen: Durch die ultralockere Zinspolitik kommt es zu Blasen, v.a. an den Kredit-, Aktien-, Anleihen- und Immobilienmärkten. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank spricht von der "größten Anleihen-Blase in der Geschichte der Menschheit". Fällt die monetäre Unterstützung weg, könnte die Schuldenkrise wieder aufflammen, zumal von einem konsequenten Schuldenabbau weltweit nicht die Rede sein kann, vielmehr liegt die globale Verschuldung mit mittlerweile 325 % der Weltwirtschaftsleistung auf einem historischen Stand. Welche Folgen hätte eine stringenter durchgezogene Zinswende? Unternehmen wären weniger betroffen, da viele die letzten Jahre zum Schuldenabbau genutzt haben. Für Banken würde es schwerer, weil sie langfristig niedrig verzinsten Kredite ausgereicht haben, die Zinsen für die Finanzierung (Bsp. Sparkonten) am kurzen Ende aber steigen; dies ließe sich durch professionelle Zinssteuerung ausgleichen. Am meisten betroffen wäre der Staat, denn er hat von dieser Geldpolitik am meisten profitiert. Erhöhen sich die Zinsen nur um 1 %, würde das It. Ifo-Institut für den deutschen Staat Mehrkosten von € 20 Mrd. p.a. bedeuten: "Wenn man das in Relation setzt zu den € 15 Mrd., die als Steuerentlastung diskutiert worden waren, sieht man, wie schnell einem Staat die verfügbaren Mittel bei einer Zinswende schwinden können." Aber diese Risiken, flankiert von den politischen (Isolationismus der USA, Nordkorea-Konflikt, Chinas Imperialismus im Südchinesischen Meer, Spannungen in der Golfregion, Brexit und Katalonien-Separatismus in Europa, EU-Rechtsbrüche in Ungarn, Polen und Tschechien), realisieren sich irgendwann und erschüttern das System – und ein Entzug vom billigen Geld ist erst der Anfang, dann folgt die lange, harte Zeit der Entwöhnung. Je später der Entzug, umso härter die Folgen. ☛